

Steuererhöhung? Verwaltungsreform? Oder gar nichts?

Diskussion über Defizitabbau nach der Krise hat begonnen - und läßt Schlimmes erahnen

Die Wirtschaftskrise hat noch nicht einmal den Höhepunkt erreicht, schon wird über den Abbau der Defizite aus den milliarden-schweren Bankenhilfs- und Konjunkturpaketen gestritten. Europaweit, nicht nur in Österreich.

Das Objekt der Begierde der Defizitsaniierer ist dabei die Mehrwertsteuer, da diese bei einer geringfügigen Erhöhung bereits Milliarden in die leeren Staatskassen spülen könnte.

Allein eine zeitlich begrenzte Erhöhung um zwei Prozent, wie sie IHS-Chef Felderer vorschlug, würde mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr bringen. Bei einem Bedarf von 40 bis 50 Milliarden, so das IHS, wäre das auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Allein die Zinszahlungen für die Staatschuld werden 2011 auf

das sechsfache anschwellen. Und die andere Variante heiße Verwaltungsreform, um bei den Ausgaben zu sparen. Aber davor hat sich bisher noch jede Große Koalition gedrückt.

Daher ist die Ansage von Finanzminister Pröll in der „TV-Presserstunde“, keine neue Steuern dafür aber Verwaltungsreform, auch nicht allzu ernst zu nehmen. Schon die Umwidmung der für eine Werbekampagne der Koalition - wozu eigentlich? - geplanten fünf Millionen Euro als Spende an die Hochwasseropfer ist bei Bundeskanzler Faymann auf Ablehnung gestoßen. Dann könnte man ja erwarten, daß Faymann sein erstes Kanzlerfest absagt, und die vorgesehenen Ausgaben - aus Steuergeldern - ebenfalls den Flutopfern spendet!

Für FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl, sitzt die Koalition in der selbstgezimmernten Falle ihrer „unverantwortlichen Finanzpolitik“: „Die katastrophale Haushaltssituation, ist nicht zuletzt durch das Bankenrettungspaket hervorgerufen worden, um deren Risiken aus den Ost-Spekulationen abzudecken.“

Es braucht wirkungsvolle Einsparungen bei den Staatsausgaben und keine neuen Steuern, die unweigerlich zu einer höheren Inflation führen. „Der Rechnungshof hat bereits über 300 Vorschläge zu Einsparungen in der Verwaltung vorgebracht, ohne das die Leistung für den Bürger leiden, aber die Staatsausgaben um zwei

bis drei Milliarden entlasten würden“, erinnerte Bernhard Themessl und forderte eine zügige Umsetzung dieses „notwendigsten aller Budgetsanierungsschritte“.



Großkoalitionäres Paradigma: Nix hören, nix sehen, nix reden - und schon gar nichts tun. Aber hoffen, daß es trotzdem gut geht.

Wieder eine Scheinreform

Langsam sickern erste Details der neuen „Gesundheitsreform“ durch und es zeigt sich, daß die wesentlichen Probleme erneut ausgespart worden sind.



„Das einzige begrüßenswerte ist, daß diesmal die Ärzteschaft von Anfang an eingebunden gewesen ist“, bemerkte Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein (Bild).

So fänden sich in dem Reformpapier keinerlei Ansätze, wie man endlich die Gelder im Gesundheitswesen bündeln könnte, und die Zusammenlegung der Krankenkassen wurde auch nicht erwähnt. „Dabei hat der Rechnungshof in seinem jüngsten Bericht eindringlich dargelegt, wie hoch

die Verwaltungskosten nach wie vor sind“, kritisierte Belakowitsch-Jenewein.

Auch das Problem des Mißbrauchs der E-Card werde weiterhin ignoriert.

Österreich lade, so die FPÖ-Gesundheitssprecherin, förmlich Menschen aus aller Welt ein, sich in unserem Land behandeln zu lassen.

„Ein Foto auf der E-Card würde diesen frechen Betrug zumindest eindämmen! Aber offensichtlich kürzt man lieber die Leistungen der zahlenden Bevölkerung, die sich ohnehin nicht wehren kann“, empörte sich Belakowitsch-Jenewein und mahnte erneut das Angehen der ausgeklammerten Reformvorhaben ein.

Wunschkollaps

„Schon bei der Erstellung des Doppelbudgets für 2009/10 war klar, daß die Zahlen nicht stimmen, weil Finanzminister Pröll dabei nicht der Realität ins Auge sah, sondern seinen Wunschvorstellungen nachgegangen ist“, bemerkte Budgetsprecher Alois Gradauer zur jüngsten Konjunkturprognose der Wirtschaftsforscher. Nach dieser soll die Wirtschaft heuer um 4,3 Prozent schrumpfen, und nicht um 2,2 Prozent, wie Pröll es im Budget festzuschreiben versuchte. Daher, so Gradauer, müsse das Budget für 2009/10 neu erstellt werden.

„Das Budgetdefizit wird in schwindelnde Höhen von 80 Prozent des BIP klettern und die Zinslast, 11,3 Milliarden 2011, droht Österreich zu erdrücken“, stellt Gradauer verärgert fest.

In diesen schwierigen Zeiten sei es dringend notwendig, ausgaben-sparig zu sparen, und zwar

dort, wo es den Bürgern nicht wehtut, schlug Gradauer vor. Aber für die von der FPÖ geforderte Halbierung des EU-Beitrags, der Streichung der - ungekürzt weitergeführten - Entwicklungshilfe, und beim Asylwesen sei die Koalition zu feige und Einsparungen bei der Verwaltung und im Gesundheitsbereich sind bis jetzt nur Lippenbekenntnisse geblieben.



Gradauer: Es braucht jetzt mutige Maßnahmen, aber keine neuen Steuern!